

Stand: 18.03.2025 09:07:26

Initiativen auf der Tagesordnung der 26. Sitzung des WI

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5085 vom 19.02.2025
2. Initiativdrucksache 19/5676 vom 10.03.2025
3. Initiativdrucksache 19/4608 vom 21.01.2025
4. Initiativdrucksache 19/4755 vom 30.01.2025
5. Initiativdrucksache 19/4756 vom 29.01.2025
6. Initiativdrucksache 19/4897 vom 13.02.2025
7. Initiativdrucksache 19/5180 vom 25.02.2025



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Offensive „Unternehmensnachfolge Bayern“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung über die „Offensive Unternehmensnachfolge Bayern“ zu berichten. Der Bericht soll Auskunft geben, mit welchen Maßnahmen die Staatsregierung seit der ersten empirischen Studie 2017 Unternehmerinnen und Unternehmer unterstützt hat, welche dieser Maßnahmen erfolgreich waren und was weiterhin unternommen werden muss, um die Unternehmensnachfolge in Bayern zu sichern. Insbesondere sollen folgende Punkte geprüft werden:

- Möglichkeiten von One-Stop-Shops als spezifische Anlaufstellen für Nachfolgerinnen und Nachfolger,
- Unterstützung von regionalen Netzwerken für Nachfolgerinnen und Nachfolger,
- Nachfolge als Karriereoption und die Verankerung in Berufs- und Hochschulen,
- Schulungs- und Weiterbildungsangebote für potenzielle Nachfolgerinnen und Nachfolger,
- spezielle Beratungsprogramme explizit für Kleinstunternehmen,
- stärkere Fokussierung des Themas Unternehmensnachfolge auf der Internetseite von BayStartUP,
- bessere Vernetzung mit der Internetseite zur Unternehmensnachfolge des Bundes „nexus-change.org“.

Begründung:

Das Thema Nachfolge bzw. Übergabe stellt für Unternehmen eine enorme Herausforderung dar. Laut Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie stehen zwischen 2022 und 2026 in Bayern fast 36 500 Betriebe mit über 600 000 Beschäftigten vor einer generationenbedingten Übergabe. Der Nachfolgeprozess ist langwierig und kann je nach Unternehmen zwischen drei und zehn Jahre dauern. Für viele Unternehmen stellt die Suche nach geeigneten Nachfolgerinnen und Nachfolgern ein erhebliches Zukunftsrisiko dar. Hinzu kommt, dass gerade in diesen Jahren die technologische Weiterentwicklung innerhalb der Unternehmen aufgrund der Veränderungen und Anforderungen der Märkte zeitgleich weiter vorangebracht werden muss. Neue Sparten und Produkte müssen identifiziert und aufgenommen werden. Die Staatsregierung hat zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern und dem

Bayerischen Industrie- und Handelskammertag eine Offensive zur Unternehmensnachfolge unter dem Motto „Nachfolge planen – Erfolg sichern“ gestartet. Über die Maßnahmen, Erfolge und weitere notwendige Schritte soll im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung berichtet werden.



Antrag

der Abgeordneten **Alexander Flierl, Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer, Dr. Andrea Behr, Franc Dierl, Leo Dietz, Thorsten Freudenberger, Thomas Holz, Dr. Petra Loibl, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Werner Schießl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Akkreditierungsprozesse beschleunigen und vereinfachen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, weiterhin auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass sich das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bei der Deutschen Akkreditierungsstelle (DAkkS) dafür einsetzt, Zulassungs- und Akkreditierungsprozesse transparent zu gestalten, diese deutlich zu beschleunigen, Verfahren zu straffen und weg von einer Einzelfall- hin zu einer Kompetenzakkreditierung zu kommen.

Begründung:

Die DAkkS ist die nationale Akkreditierungsbehörde der Bundesrepublik Deutschland. Die Akkreditierungen schaffen Vertrauen in die Arbeit von Laboratorien sowie Inspektions- und Zertifizierungsstellen, deren Bewertungsleistungen in vielen Wirtschaftsbereichen benötigt werden. Mit einer Akkreditierung wird bestätigt, dass diese Organisationen ihre Arbeit nach den Anforderungen international gültiger Normen, gesetzlicher Grundlagen und relevanter Regeln kompetent erbringen können. Mit den Akkreditierungen wird dazu beigetragen, Produkte, Verfahren und Dienstleistungen sicherer zu machen und den Handel in Europa und der Welt zu vereinfachen – im Interesse des Staates, der Wirtschaft sowie zum Schutz von Gesellschaft und Umwelt.

Aktuell dauern die Akkreditierungsprozesse sowohl für private wie behördliche Einrichtungen in Deutschland im Schnitt zwischen 6 und 12 Monate im Gegensatz zu Akkreditierungen im europäischen Ausland, die in der Regel in 4 bis 6 Wochen erfolgen. Diesem Wettbewerbsnachteil soll nun aktiv entgegengewirkt werden. Sowohl eine Beschleunigung und Vereinfachung als auch ein Abstellen auf die Kompetenzen dient darüber hinaus dem Verbraucherschutz.



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Freihandel statt Protektionismus: Mercosur-Abkommen sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag

- begrüßt die grundsätzliche Einigung über das Mercosur-Abkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und den Mercosur-Ländern Argentinien, Brasilien, Bolivien, Paraguay und Uruguay,
- unterstreicht die geopolitische und wirtschaftliche Bedeutung des größten Handelsabkommens der EU und sieht darin einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung der Beziehungen zwischen Europa und Südamerika sowie ein strategisches Gegengewicht zum wachsenden Einfluss Chinas in der Region,
- erkennt die Chancen des Abkommens für Bayern, die Exportstärke des Freistaates auszubauen und Arbeitsplätze zu sichern.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf den relevanten politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass das Mercosur-Abkommen erfolgreich umgesetzt werden kann.

Begründung:

Nach knapp 25-jährigen Verhandlungen stellt das Mercosur-Abkommen einen Meilenstein in den Handelsbeziehungen der EU dar. Das Abkommen öffnet für Europa weitere Märkte mit rund 280 Mio. Verbrauchern in Lateinamerika. Es bietet enorme wirtschaftliche Chancen und erleichtert durch den Abbau von Zöllen und Handelsbarrieren den Zugang zu den Mercosur-Märkten. Bayern als wichtiges Exportland, u. a. von Maschinenbau, Fahrzeugen und Chemikalien, profitiert in besonderem Maße von der neuen Freihandelszone, die knapp 780 Mio. Menschen umfasst. Bayerische Unternehmen, die international stark vertreten sind, können neue Kunden gewinnen, ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern und Arbeitsplätze sichern. Auch bayerische Exporteure von verarbeiteten Lebensmitteln, Wein, Spirituosen und Milchprodukten profitieren von besseren Exportbedingungen.

In den Mercosur-Verhandlungen sind ökologische und soziale Effekte aktiv adressiert worden. Ergebnis ist u. a. eine rechtsverbindliche Verpflichtung der Mercosur-Länder, die illegale Entwaldung bis 2030 zu stoppen.

Vor dem Hintergrund zunehmender weltweiter Handelshemmnisse kommt dem Abkommen eine besondere Bedeutung zu. Die europäische Wirtschaft benötigt starke und verlässliche Partner, um ein globales Sicherheitsnetz aus Handelspartnern aufzubauen und Lieferketten zu diversifizieren.

Das Abkommen befindet sich nun in der entscheidenden Phase der Ratifizierung durch den Europäischen Rat, in der Debatte der Nationalstaaten und im Europäischen Parlament. Diese Prozesse sollen von der Staatsregierung positiv begleitet werden, um Bayerns Wirtschaft bestmöglich zu unterstützen.



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz, Maximilian Deisenhofer, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Einsatz von künstlicher Intelligenz im Journalismus transparent gestalten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den anderen Bundesländern darauf hinzuwirken, geeignete Kennzeichnungspflichten für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) bei Rundfunkinhalten und bei journalistisch-redaktionell gestalteten Telemedienangeboten zu schaffen. Zudem sollen einheitliche Standards zur Gewährleistung journalistischer Qualität definiert werden.

Künftige Novellierungen der relevanten Gesetze – insbesondere des Medienstaatsvertrags, des Rundfunkstaatsvertrags und des Kodex im Umgang mit KI der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, dessen Erarbeitung im Reformstaatsvertrag festgelegt ist – sollen entsprechende Regelungen enthalten.

Begründung:

Die rasante Entwicklung von KI eröffnet viele neue Möglichkeiten, auch im Journalismus. Diese Technologie bietet zahlreiche Chancen: Recherchen können effizienter durchgeführt werden, Datenanalysen erfordern weniger Zeit, und einfache Artikel, die lediglich der Information dienen, könnten automatisiert erstellt werden.

Gleichzeitig wirft die Entwicklung der KI Fragen zur Integrität, Verlässlichkeit und Verantwortung im Journalismus auf. KI ist immer nur so gut und präzise wie die Daten, mit denen sie trainiert wurde. KI kann unterstützen, jedoch nicht die Intuition und das kritische Denken von Journalistinnen und Journalisten ersetzen. Verzerrte Daten können zudem zu fehlerhaften Inhalten führen, und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die journalistische Arbeit darf durch den Einsatz von KI nicht gefährdet werden. Auch die Frage nach der Urheberschaft und der Verantwortung für die jeweiligen Inhalte ist bisher ungeklärt.

Besonders kritisch ist, dass KI gezielt für Desinformation genutzt werden kann, etwa durch realistisch wirkende gefälschte Bilder oder Videos. Um das zu verhindern, braucht es klare gesetzliche Vorgaben. Eine Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Inhalte und transparente Regeln für den Einsatz von KI sollten im Medienstaatsvertrag verankert werden. Außerdem muss sichergestellt werden, dass Urheberinnen, Urheber und Medienunternehmen fair für die Inhalte und Daten bezahlt werden, die zur Schulung von KI-Systemen genutzt werden. Der Landtag fordert daher die Staatsregierung auf, gemeinsam mit den anderen Bundesländern Regeln zu schaffen, die den verantwortungsvollen Einsatz von KI im Journalismus fördern. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Verantwortung für redaktionelle Inhalte weiterhin beim Menschen bleibt.

Ziel ist es, das Vertrauen in den Journalismus als unabhängige und wichtige Säule der Demokratie zu schützen und das Zusammenspiel von Mensch und Maschine in Balance zu halten.



Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Potenziale von Biomasse aus Land- und Forstwirtschaft als Alternative zu fossilen Rohstoffimporten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus mündlich und dem Landtag schriftlich einmal jährlich über die Potenziale von Biomasse aus Land- und Forstwirtschaft als Alternative zu fossilen Rohstoffimporten zu berichten. Im Detail soll auf folgende Aspekte eingegangen werden:

- Vorstellung aktueller Zahlen zur in Bayern ungenutzten Biomasse aus der Land- und Forstwirtschaft und die Möglichkeiten zur effizienteren Nutzung dieser Biomasse für nachhaltige Produkte
- Stand der Forschung zu innovativen Anwendungen land- und forstwirtschaftlicher Abfallprodukte
- Vorstellung aktueller und geplanter Projekte zur Nutzung nachwachsender Rohstoffe wie Holz, Pflanzenfasern, Lupinen und Buchenholzkunststoff für die Herstellung nachhaltiger Produkte
- Präsentation von Erfolgsbeispielen aus Bayern, bei denen durch innovative Bio-Ökonomie fossile Rohstoffe ersetzt wurden
- Vorstellung bisheriger und geplanter Maßnahmen der Staatsregierung zur Förderung der Bio-Ökonomie und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere durch eine faire CO₂-Bepreisung

Begründung:

Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe wie Holz und Energiepflanzen, vor allem aber auch von Neben- und Abfallprodukten aus der heimischen Land- und Forstwirtschaft bietet erhebliche Zukunftschancen für eine wettbewerbsfähige und klimafreundliche Wirtschaft in Bayern. Ein staatlich gefördertes Forschungsprojekt unter Federführung der TU München hat ergeben, dass im Freistaat jährlich etwa 6,5 Mio. Tonnen Biomasse, die vor allem in der Land- und Forstwirtschaft anfallen, ungenutzt bleiben, obwohl sie für die Bio-Ökonomie verwendbar wären. Zum Beispiel könnten Dämmstoffe aus Gras, Stroh- oder Pflanzenfasern vermehrt in der Bauindustrie und Fasern aus Holzabfällen in der Textilindustrie genutzt werden. Die Bio-Ökonomie verbindet dabei ökonomische mit ökologischen Interessen und kann langfristig zur Unabhängigkeit von fossilen Rohstoffen und Rohstoffimporten beitragen. Bayern verfügt bereits über innovative Ansätze in diesem Bereich, jedoch bedarf es weiterer Anstrengungen, um Forschungsergebnisse in die Praxis zu überführen, die Wettbewerbsfähigkeit der Produkte

zu verbessern und die Akzeptanz bei Händlern und Endverbrauchern durch Informationskampagnen zu steigern. Letztlich bietet die Bio-Ökonomie Land- und Forstwirten einen weiteren Absatzmarkt neben der Ernährungswirtschaft.

Die Staatsregierung ist gefordert, konkrete Strategien zur Unterstützung von Land- und Forstwirten sowie mittelständischen Unternehmen zu entwickeln, um die Bio-Ökonomie in Bayern weiter auszubauen und als Standortvorteil zu etablieren.



Antrag

der Abgeordneten **Kerstin Schreyer, Maximilian Börtl, Martin Wagle, Daniel Artmann, Konrad Baur, Dr. Stefan Ebner, Kristan Freiherr von Waldenfels, Josef Heisl, Dr. Gerhard Hopp, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Joachim Konrad, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Sascha Schnürer, Werner Stieglitz, Martin Stock, Steffen Vogel, Peter Wachler CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Vom Patent zum Produkt – Transfer von Wissenschaft in die Wirtschaft stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- zu berichten, wie viele Ausgründungen es innerhalb der vergangenen fünf Jahre aus den Hochschulen/Forschungseinrichtungen gab,
- aufzuzeigen, wie die Prozesse zur Übertragung von geistigem Eigentum (Intellectual Property = IP) bei den Hochschulen und Forschungseinrichtungen standardisiert werden,
- dazulegen, wie die Prozesse zur Übertragung von IP durch den Freistaat unterstützt werden.

Begründung:

Der entscheidende Standortvorteil Bayerns ist sein technologischer Fortschritt. Die exzellente Wissenschafts- und Forschungsarbeit in ganz Bayern ist dafür die beste Basis. Damit aus Ideen auch Innovationen werden können, müssen Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei der Übertragung von IP auf Gründer bzw. deren Startups optimal unterstützt werden. Um angemessene Vergütungssysteme und einen fairen Interessensausgleich zu erreichen, braucht es Transparenz. Im Wettlauf um die frühe Marktreife braucht es Geschwindigkeit. Beide Anforderungen können durch standardisierte Abläufe einheitlich gewährleistet werden.



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Prof. Dr. Winfried Bausback, Martin Wagle, Robert Brannekämper, Kerstin Schreyer, Franc Dierl, Alex Dorow, Dr. Stefan Ebner, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Steffen Vogel CSU

Neue Perspektiven zur Gewinnung von Spitzenforschern in zukunftssträchtigen Bereichen für den Wissenschaftsstandort Bayern stärken! Möglichkeiten nach dem Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten nutzen.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der Freistaat ein hochattraktiver Forschungs- und Innovationsstandort ist.

Der Landtag unterstützt die Bemühungen der Staatsregierung und der bayerischen Hochschulen sowie der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Bayern, attraktive Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation zu schaffen, beispielsweise durch die Hightech-Agenda.

Der Landtag sieht mit dem Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten von Amerika neue Perspektiven, in zukunftsrelevanten, vor allem auch technologischen Bereichen weitere Spitzenforscherinnen und -forscher zu gewinnen.

Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung aufgefordert zu berichten, welche Maßnahmen die bayerischen Hochschulen ergreifen, um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den USA für eine Tätigkeit in Bayern zu gewinnen. Die Staatsregierung wird in diesem Rahmen auch gebeten zu prüfen, wie die Hochschulen in Bayern im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel sowie unter Achtung der Hochschulautonomie dabei unterstützt werden können, in dieser besonderen Situation geeignete zusätzliche Impulse zur Gewinnung von Spitzenforscherinnen und Spitzenforschern in den zukunftsrelevanten technologischen Fächern zu setzen. Dabei sollen neben universitären auch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen eingebunden werden.

Begründung:

Seit dem Regierungswechsel werden in den USA nicht nur Fördergelder gestrichen, sondern vielfältige Forschungsprojekte gestoppt und Einschränkungen in der Wissenschaftsfreiheit vorgenommen. Auch das gesellschaftliche Umfeld verändert sich, so dass Forscher überlegen, an andere Standorte außerhalb der Vereinigten Staaten zu

wechseln. Die bayerische Wissenschaftslandschaft zeichnet sich durch optimale Rahmenbedingungen, einen einzigartigen Talentpool und eines der modernsten Hochschulgesetze der Welt aus. Diese verbesserten Perspektiven sollten gerade für die innovationsrelevanten technischen Fächer genutzt werden.